

Mandak zu Pflege: "Bedarf wird nach 2030 deutlich höher werden"

Utl.: Bei Finanzierung droht nächster Koalitionskrieg - 24h-Pflege
nicht gelöst =

Wien (OTS) - "Es ist gut, dass mit der WIFO-Studie eine Kostenabschätzung vorliegt, allerdings sollte der Berechnungszeitraum über das Jahr 2030 hinaus erweitert werden, weil danach noch einmal ein deutlich höherer Finanzierungsbedarf entstehen wird", erklärte die Familiensprecherin der Grünen, Sabine Mandak. Sie begrüßte Buchingers Vorstellung, Pflege aus Steuermitteln wie einer höheren Vermögenssteuer und nicht durch ein Versicherungssystem zu finanzieren. "Das deckt sich mit den Grünen Forderungen." Dennoch sieht Mandak den nächsten Koalitionsstreit vorprogrammiert. Finanzminister Molterer hat sich bereits bisher geweigert, Vermögen höher zu besteuern.

Kritik übte Mandak an Buchingers Aussage, dass die Probleme rund um die 24-Stunden-Betreuung "gelöst" seien. Nur 3.700 Betreuungskräfte haben sich angemeldet, es werden aber rund 20.000 Menschen von 40.000 Kräften betreut. "Das heißt, dass nicht einmal 10 Prozent der BetreuerInnen angemeldet sind", so Mandak. Darüber hinaus können sich den Wunsch nach Rund-um-die-Uhr-Betreuung nur Menschen erfüllen, die hohe Pensionen haben. Trotz Pflegegeld und Förderung bleiben monatliche Kosten von 1400 Euro bei Pflegestufe 4 und einem Nettoeinkommen der BetreuerInnen von 685 Euro - viele zahlen sogar erheblich mehr. "Und das bei einer mittleren Pension von 1008 Euro. "Die Probleme sind also keinesfalls gelöst und es wäre fatal, wenn Buchinger die Bedürfnisse der Menschen und die Rund-um-die-Uhr-Pflege als erledigt abhaken würde", erklärte Mandak.

Rückfragehinweis:

Die Grünen, Tel.: +43-1 40110-6697, presse@gruene.at

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0093 2008-03-20/10:39

201039 Mär 08

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20080320_OTS0093